

Bonn – blühende Region mit attraktiven Arbeitsplätzen

Sprecherinnen und Sprecher des Hauptausschusses ziehen Bilanz

Als 1991 die Entscheidung zum Berlin-Umzug fiel, fürchteten viele Bonner, dass dies ein „Ausbluten“ der gesamten Region zur Folge haben würde. Aus diesem Grund verabschiedete der Bundestag seinerzeit das so genannte Berlin/Bonn-Gesetz, in dem der Region Bonn Ausgleichsmaßnahmen zugesichert wurden. Heute, zehn Jahre nach dem In-Kraft-Treten des Gesetzes, stellt sich die Frage, ob und inwieweit diese Vereinbarungen umgesetzt worden sind. Landtag intern befragte hierzu die Sprecherinnen und Sprecher des Hauptausschusses: Dorothee Danner (SPD), Werner Jostmeier (CDU), Marianne Thomann-Stahl (FDP) und Sylvia Löhrmann (GRÜNE).

Zehn Jahre Bonn-Ausgleich. Wie haben das Land, die Stadt Bonn und der Rhein-Sieg-Kreis den Verlust von Bundesparlament und Regierungsfunktionen verkraftet?

Danner: Ich denke, die Stadt Bonn hat diesen Verlust, wenn man heute nach zehn Jahren zurückblickt, ausgesprochen gut verkraftet. Wenn man überlegt, dass ungefähr 6.700 Arbeitsplätze aus Bonn weggegangen sind, hat es einen deutlichen Ausgleich gegeben. Ein Blick auf die Arbeitslosenstatistiken aus der Region verrät, dass Bonn mit dem Großraum Bonn/Rhein-Sieg-Kreis weit unter dem Bundesdurchschnitt und auch im Landes-



Dorothee Danner (SPD)

durchschnitt an führender Stelle liegt. Außerdem ist es auch dadurch zu einer erheblichen Aufwertung der Region gekommen, dass sich dort UN-Organisationen angesiedelt haben.

Bonn war die erste Stadt in der Bundesrepublik, in der sich die Vereinten Nationen niedergelassen haben. Dass schafft wiederum Arbeitsplätze und Kaufkraft.

Jostmeier: Im Ergebnis muss man sagen, sie haben es gut verkraftet. Die Bonner Region hat offensichtlich nicht den wirtschaftlichen Einbruch erlebt, den einige befürchtet hatten, und Bonn hat heute mehr Schreibtische als 1994. Grund hierfür ist vor allem das erfolgreiche Bemühen um Dienststellen der Vereinten Nationen und die Entwicklung der Postnachfolge-Unternehmen mit ihren Konzernzentralen in Bonn.

Thomann-Stahl: Es ging ja alles überraschend gut in den letzten Jahren. Sowohl die Stadt Bonn als auch die Region haben unter dem Strich von dem Umzug profitiert. Es ist gelungen, dort internationale Organisationen anzusiedeln, es ist gelungen die Telekom anzusiedeln und es ist nicht zuletzt gelungen, der Stadt Bonn ein moderneres Aussehen zu verleihen. Das ist sicherlich ein Erfolg. Gleichzeitig muss man aber auch sagen, die Ansiedlung der diversen UN-Sekretariate hat noch nicht den gewünschten Umfang erreicht. Bisher sind um die 600 UN-Mitarbeiter in Bonn, und man sagt, es seien etwa 1.000 Mitarbeiter nötig, um die „kritische Masse“ zu erreichen. Um dies zu realisieren, müssen also noch einige Anstrengungen auf internationaler Ebene hinzukommen, und zwar sowohl von Seiten der Bundes- als auch der Landesregierung.



Werner Jostmeier (CDU)

Löhrmann: Nach dem ersten Schock haben Land und Region die Ärmel aufgekrempt. Die Voraussetzungen waren gut und wurden durch die Ausgleichsvereinbarung noch besser, mit der uns der Bund 1,44 Milliarden Euro zur Verfügung stellte, um den Strukturwandel zu bewältigen. Auch die 22 Bundesbehörden, die aus Berlin und Frankfurt nach Bonn kamen, um Arbeitsplatzverluste auszugleichen, haben enorm geholfen. Viele neue Arbeitsplätze sind in der Dienstleistungsbranche entstanden. Konzerne wie die Telekom und die Post haben viele kleine und mittlere Unternehmen angezogen. Besonders wichtig erscheint mir zudem:

Die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit der Universität und zum Beispiel von CAESAR ist attraktiv für Forschende und Studierende aus der ganzen Welt.

Hat sich der Bund an die Absprachen im Berlin/Bonn-Gesetz gehalten? Meinen Sie, dass er das in Zukunft tun wird?

Danner: Dem war bisher so und davon gehe ich auch in Zukunft ganz sicher aus. In den letzten Jahren hat es hier im Landtag immer wieder fraktionsübergreifende Anträge und Meinungsäußerungen gegeben, dass sich sowohl der Bund als auch das Land an die im Bonn/Berlin-Gesetz gemachten Zusagen auch halten. Ein Betrag von 200.000 Euro war noch

nicht ganz verausgabt, aber das soll jetzt in den nächsten Monaten erfolgen bzw. ist zum Teil auch schon erfolgt. Für die Zukunft habe ich zudem einen Wunsch: Unabhängig von der Stadt Bonn ist es mir ein wichtiges Anliegen, dass der Standort des Bundeskriminalamts in Meckenheim verbleibt. Der Bund sollte hier nochmals sehr genau überlegen, ob er einen Umzug wirklich durchsetzen möchte. Hiervon hängt ja schließlich auch eine Vielzahl von Arbeitsplätzen in Nordrhein-Westfalen ab.

Jostmeier: Die Entwicklung, die in den letzten Jahren mit dem „Rutschbahneffekt“ stattgefunden hat, widerspricht Geist und Buchstaben des Gesetzes. Nach dem Kopfstellen-Modell sollte jedes Ministerium in Bonn vertreten sein. Ferner sollten einige Ministerien wie das Verteidigungs-, Gesundheits- und Umweltministerium voll in Bonn verbleiben. Zu beobachten ist jedoch, dass die Regierung alles in Berlin konzentriert, angeblich, um schneller entscheiden und Kosten sparen zu können. Beides trifft jedoch nicht zu. Im Gegenteil: Eine Verlagerung aller Ministerien nach Berlin würde kurz- und mittelfristig zu erheblichen Mehrkosten führen. Es gibt jedoch noch eine andere Sogwirkung: Die in Bonn verbliebenen Mitarbeiter gelten leider oft als die weniger engagierten, weniger strebsamen, „saturierten“ Beamten, während die „Klugen, Aufstrebenden, Ehrgeizigen“ sich nach Berlin berufen fühlen. Dieses Denken tut Bonn nicht gut. Karrierechancen und Fortkommensmöglichkeiten müssen auch den „Bonnern“ ermöglicht werden. Meine große Sorge ist, dass bis zur nächsten Bundestagswahl 2006 noch eine Art Schamfrist gilt und danach die Dämme brechen. Und das sage ich bewusst als Westfale aus dem Münsterland. Denn das ganze Land NRW leidet, wenn die Bundesstadt politisch und strukturell geschwächt wird. Zudem schadet es unseren föderalen Zielen. Wir werden im Hauptausschuss die Entwicklung genau beobachten.

Thomann-Stahl: In den ersten Jahren hat sich der Bund auf jeden Fall daran gehalten, denn die positiven Effekte sind ja nicht von der Hand zu weisen. In den letzten Jahren fehlt es offensichtlich an Planungssicherheit. Und das, was in den letzten Wochen ablief – Stichwort Bundeskriminalamt – ist natürlich ein Verfahren, mit dem man eine Region nicht stärkt, sondern erheblich schwächt. Natürlich hat es einen Bedeutungsverlust für die Region gegeben: Bonn war Bundeshauptstadt,

jetzt ist sie „nur“ noch Bundesstadt. Man darf dies aber nicht zum Anlass nehmen, diese Region so zu behandeln, als messe man ihre keine Bedeutung mehr zu. Der Bund muss also in Zukunft unbedingt für mehr Planungssicherheit sorgen.

Löhrmann: Insgesamt hat der Bund sich an Geist und Buchstaben des Gesetzes gehalten. Auch wenn das Thema sicher immer wieder von einzelnen zur Profilierung benutzt werden wird, gehen wir auch zukünftig von einem fairen Interessenausgleich mit der Bundesregierung aus. Ohne Zweifel hat Berlin eine starke Anziehungskraft, aber auch die Region Köln/ Bonn ist attraktiv. Abwanderungstendenzen sind bekannt und kommen oft aus den Ministerien selbst. Wir stellen uns vernünftigen Reformen nicht in den Weg, müssen aber immer auf die Wahrung einer föderalen Struktur und der Interessen von NRW bedacht sein. Umzüge als Ersatz für notwendige organisatorische Reformen halten wir jedenfalls nicht für sachgerecht und überzeugend.

Welche Auswirkungen hat der Umzug des Bundes von Bonn nach Berlin auf die Vertretung der Interessen des Landes NRW auf Bundesebene gehabt? Ist die Kommunikation so direkt wie früher?

Danner: Es kommt immer darauf an, aus welcher Perspektive des Landes man das sieht. Für mich als Ost-Westfälin ist der Weg nach Berlin genau so weit wie nach Bonn. Wenn ich zur Landesvertretung müsste, wäre das für mich kein Unterschied. Von Düsseldorf aus ist der Weg natürlich weiter geworden. Aber wir leben ja heute in einem Zeitalter moderner Kommunikationsmittel,

und von daher ist die Kommunikation meines Erachtens noch genau so direkt wie früher. Auch unsere Landesniederlassung in Berlin kann sich sehen lassen. Dort findet ja eine Menge an Begegnungen statt.

Jostmeier: Die aktuelle Diskussion um den Umzug des BKA zeigt alarmierend, wie schwach die Interessen des Landes beim Bund derzeit vertreten werden. Insbesondere scheint eine Kommunikation mit der Landesregierung gar nicht stattgefunden zu haben. Alle Fachleute sind sich parteiübergreifend über dieses verheerende Signal für die Region und über die unverantwortlich hohen Kosten einig. Wenn wir nicht gemeinsam die Bundesregierung an diesen Plänen hindern, wird der „Rutschbahneffekt“ kaum noch aufzuhalten sein.

Thomann-Stahl: Zunächst hatte man ja mit dem Umzug die Hoffnung verbunden, dass der Regierungsstandort Düsseldorf als Landeshauptstadt gestärkt wird. Meines Erachtens ist das bisher nicht gelungen. Ich vermag zum jetzigen Zeitpunkt jedoch nicht zu unterscheiden, ob das an den handelnden Figuren lag, da die Vertretung des Landes NRW in Berlin durchaus zu wünschen übrig ließ, oder ob das ein ganz normaler Prozess ist, der jedem so passiert wäre, weil sich einfach das Augenmerk auf die neue Bundeshauptstadt richtet und dabei eine Landeshauptstadt aus dem Blickfeld gerät. Festzuhalten bleibt: Wir müssen viel mehr tun, um der Landeshauptstadt Düsseldorf wieder zu dem Ansehen zu verhelfen, das sie einmal genoss – nämlich als Landeshauptstadt des stärksten Landes in der Bundesrepublik.

Löhrmann: Die Vertretung der Interessen des Landes ist heute mindestens genauso gut wie früher – die Vertretung des Landes NRW in Berlin macht hier einen sehr guten Job, und die vielen persönlichen Kontakte in die Ministerien und in den Bundestag sind äußerst wichtig. Nordrhein-Westfalen wird auch in Berlin als das größte und wichtigste Bundesland wahrgenommen. Allerdings ist naturgemäß allein aufgrund der Entfernung nach Berlin die Kommunikation manchmal nicht so ganz einfach und so direkt wie früher. Bonn lag von Düsseldorf aus „um die Ecke“. Gesprächsbedarf in Berlin nimmt jetzt mindestens einen ganzen Tag in Anspruch. Da müssen wir heutzutage häufiger die Kommunikationsmedien zu Hilfe nehmen; das direkte persönliche Gespräch ist nicht mehr so häufig.

Die Interviews führten Stephanie Hajdamowicz und Axel Bäumer.



Sylvia Löhrmann (GRÜNE)



Marianne Thomann-Stahl (FDP)

Fotos: Schälte